THEOLOGIE KONTROVERS

Zerreißprobe Flüchtlingsintegration

M. HEIMBACH-STEINS (Hg.)

HERDER

Zerreißprobe Flüchtlingsintegration

THEOLOGIE KONTROVERS ›‹

Zerreißprobe Flüchtlingsintegration

Herausgegeben von Marianne Heimbach-Steins

HERDER

FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2017
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de
Umschlagkonzeption: Finken und Bumiller, Stuttgart
Umschlaggestaltung: Verlag Herder
Umschlagmotiv: shutterstock
Satz: dtp studio eckart | Jörg Eckart

ISBN (Buch) 978-3-451-37618-4
ISBN (E-Book) 978-3-451-81618-5

Inhalt

Integration – Facetten einer komplexen Herausforderung 7
Marianne Heimbach-Steins

Menschen „als Problem". Versuch über Migration, Kultur und die Fragilität von Integrationsanstrengungen 25
Regina Ammicht Quinn

Integration der Migranten – Integration der Gesellschaft 39
Michelle Becka

Wo stößt Gastfreundschaft an Grenzen? 56
Axel Bernd Kunze

Die Angst vor dem Anderen. Verdeckte und offene Fremdenfeindlichkeit in Gesellschaft und Kirche 70
Andreas Lob-Hüdepohl

Zuwanderung und sozialer Frieden 83
Arnd Küppers

Bewegungsfreiheit. Geflüchtete Frauen in Deutschland 97
Eva Maria Welskop-Deffaa

Zuflucht Bildung – Integration geflohener Kinder und Jugendlicher am Ort Schule 109
Katrin Bederna

Sorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 124
Anna Maria Riedl

Beteiligung an / durch Erwerbsarbeit. Chancen und Schwierigkeiten für die Ankommenden und für die Aufnahmegesellschaft 137
Gerhard Kruip

Wechselseitige Irritation
Kann Religion eine Integrationsressource sein? 149
Daniel Bogner

Hindernis oder Ressource? Die Rolle des Islams für die Integration von Flüchtlingen 163
Hansjörg Schmid

Grenzen ermessen und Aufbrüche wagen.
Pfarrgemeinden als Orte der Integration 175
Hildegard Wustmans

„Den Fremden lieben". Diakonische Herausforderungen und Handlungspotentiale im Integrationsprozess 188
Ulrike Kostka

Kritische Ratgeber und engagierte Anwälte.
Die bundespolitische Arbeit von DBK und EKD im Migrationsdiskurs 203
Christian Henkel

Autorinnen und Autoren 217

Integration – Facetten einer komplexen Herausforderung

Marianne Heimbach-Steins

Menschen auf der Flucht vor Bürgerkriegen und Kriegen – u. a. aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan – kamen vor allem in den letzten zwei Jahren in großen Zahlen nach Europa, insbesondere nach Deutschland. Sie verließen ihre Heimat, nachdem die Möglichkeiten, innerhalb des eigenen Landes bzw. in der Region der drohenden Kriegsgewalt zu entkommen, weitgehend erschöpft waren. Viele von ihnen können nicht mit einer schnellen Rückkehr in die Heimat rechnen. Das gilt vor allem für die aus Syrien Geflüchteten: Ein Ende der Kriegshandlungen ist nicht in Sicht, ganz zu schweigen von einer echten Friedenslösung. Besonders aus dem subsaharischen Afrika suchen zudem Menschen den Weg nach Europa, weil es ihnen am Notwendigen zum Leben – oder doch zu einem einigermaßen guten Leben – fehlt: an erträglichen klimatischen Bedingungen und an Ernährungssicherheit, an Bildungs- und Arbeitsgelegenheiten, an Entwicklungsperspektiven und Freiheitsräumen (z. B. in Eritrea). Die globalen Kommunikationsmöglichkeiten des Internet zeigen ihnen, dass ihre Situationen nicht alternativlos sind, dass Menschen anderswo besser leben. Viele wissen auch, dass ihre Lage nicht einfach einem unabänderlichen Schicksal geschuldet ist, sondern etwas mit den Nachwirkungen und dem Fortdauern kolonialer Strukturen, mit globalen Dynamiken der kapitalistischen Wirtschaft, mit extrem ungleichen Machtverhältnissen zu tun hat. Indem sie sich auf die Suche nach einem besseren Le-

ben machen, fordern sie ein, was sie als ihr Menschenrecht ansehen: das Recht auf ein besseres Leben und auf gleiche Lebenschancen, das Recht auf gleiche Anerkennung und Entfaltungschancen der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten.[1]

Geflüchtete, Asylsuchende sowie Migrant*innen kommen mit unterschiedlichen Perspektiven. Sie wollen temporär oder dauerhaft in Deutschland bleiben; jedenfalls suchen sie die Chance und Erlaubnis, (eine Zeit lang) in dieser Gesellschaft zu leben. Wenn sie nicht schon an den Grenzen zurückgewiesen werden, verkörpern sie allein durch ihr Hier-Sein die Frage nach gesellschaftlicher Integration, d. h. nach Zugehörigkeit und Beteiligung und nach Aufnahmebereitschaft und Solidarität der eingesessenen Bevölkerung: ein ganzes Bündel von Fragen, die keineswegs einfach zu beantworten sind. Sie erfordern vernünftiges Nachdenken ebenso wie eine engagierte Hinwendung zu den Betroffenen, also zu den Neuankömmlingen, aber auch zu denen, die als Bürger*innen der aufnehmenden Gesellschaft mit unerwarteten Veränderungen umzugehen lernen müssen. Manche schrecken vor dem zurück, was die Fremden mitbringen und was ihre Aufnahme verlangt und was, so eine vielfach artikulierte Befürchtung, Menschen und gesellschaftliche Strukturen überfordern könnte. Deshalb weckt das Thema, sosehr es Vernunft, politischen Weitblick und gelassenes Abwägen verlangt, auf allen Seiten auch Emotionen. Wer sich auf das Thema einlässt, ist zur Stellungnahme herausgefordert und kann unmöglich neutral bleiben.

In diesem einführenden Text werden zentrale thematische Felder, die in den nachfolgenden Beiträgen ausführlicher und differenzierter besprochen werden (s. die Verweise auf die Texte des Buches in Klammern), und Kernpunkte der sich abzeichnenden bzw. zu führenden Diskussion knapp

skizziert. Den Leser*innen bleibt es überlassen, ihre eigenen Einschätzungen und Argumente mit denen der Autor*innen des Buches in Verbindung zu bringen und das zwischen den Zeilen sich anbahnende (Streit-)Gespräch fortzusetzen. Dass es dabei nicht um eine bloß akademische Fingerübung oder um intellektuellen Zeitvertreib geht, versteht sich – so die Hoffnung der Herausgeberin – von selbst: Es geht um Menschen, um die Erfahrung menschlicher Not und um die Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben, es geht um Engagement und um Ängste, es geht um die Zukunft der Gesellschaft in Deutschland und um die Wahrnehmung von Verantwortung für ein humanes Zusammenleben hier und in dem größeren Kontext Europas und einer vielfältig vernetzten Welt. Dieser Anspruch reicht über Grenzen, die Anders-Sein und Fremdsein markieren, hinaus.

1. Integration – Aufgabe für die ganze Gesellschaft

Die Schwierigkeiten, vor die das Thema „Integration" die gesellschaftlichen Akteure, die politischen Verantwortungsinstanzen und alle Einzelnen stellt, fangen schon mit dem Begriff an: Er ruft unterschiedliche Assoziationen und Erwartungen hervor. Die Ausgangsfrage, was Integration bedeutet, fächert sich in viele verschiedene Einzelaspekte auf, etwa: Was verlangt Integration – von wem? Welche Ressourcen werden benötigt – wozu und auf wessen Kosten? Wie ist Integration zu verwirklichen – und wie lange dauert es, bis das Ziel erreicht ist? Die Fragen ließen sich vervielfältigen.

Der Begriff verweist auf unterschiedliche Dimensionen gesellschaftlichen Handelns (vgl. den Beitrag von Michelle Becka):

auf rechtliche Rahmensetzungen und politische Weichenstellungen, die Integration ermöglichen oder verhindern, erleichtern oder erschweren;

auf Institutionen (etwa das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF), die auf den verschiedenen Ebenen des föderalen Systems konkrete Programme und Maßnahmen initiieren und koordinieren, wie etwa Integrationskurse, Sprachkurse, die Prüfung beruflicher Qualifikationen und Eingliederungshilfen in den Arbeitsmarkt;

auf soziale Beziehungen, in denen Menschen erfahren, dass sie „dazugehören", anerkannt und beteiligt sind – oder eben diese Erfahrungen entbehren und vermissen.

Den integrationsbezogenen Weichenstellungen der Aufnahmegesellschaft stehen Erwartungen und Anforderungen an die Zugewanderten gegenüber. Je nach rechtlichem Status genießen sie bestimmte (rudimentäre) Rechte, ohne (schon) Staatsbürger*innen zu sein. Diese Rechte stellen Instrumente der Systemintegration (Heitmeyer) dar. Sie berechtigen die Neuankömmlinge in der Gesellschaft überhaupt erst dazu, auf legalem Wege eigene Anstrengungen unternehmen zu können, um in der neuen Gesellschaft anzukommen. Dass sie es tun, wird von Seiten der Aufnahmegesellschaft erwartet: z. B. die deutsche Sprache zu erlernen, sich mit den kulturellen Gepflogenheiten und dem rechtlich-politischen System des Aufenthaltslandes vertraut zu machen und entsprechend rechtskonform zu handeln. Nicht wenige Menschen in der eingesessenen Bevölkerung verstehen Integration aber weit darüber hinaus *ausschließlich* als „Bringschuld" der Neuankömmlinge und fordern, dass diese sich so weitgehend der Aufnahmegesellschaft anpassen mögen, dass sie möglichst alles, was sie „anders" sein lässt, hinter sich lassen sollen (vgl. die Beiträge von Regina Ammicht Quinn und Michelle Becka). Hinter solchen Erwartungen lässt sich eine Sorge um das „Eigene"

vermuten: Eine vorausgesetzte kollektive Identität der aufnehmenden Gesellschaft scheint durch den Zuzug von Menschen, die als anders und fremd wahrgenommen werden, unter Druck zu geraten. Zumal wenn in kurzer Zeit viele Fremde ins Land kommen, wächst in Teilen der Bevölkerung diese Sorge – nicht nur um das materiell Eigene, sondern auch um das, was als kulturell und sozial identitätsstiftend bewahrt werden soll. Sie kann sich äußern in einer neuen Betonung von Traditionen und Narrativen, die als identitätsstiftend verstanden werden, z. B. des Nationalen (vgl. den Beitrag von Axel Bernd Kunze), und in der Behauptung einer statisch verstandenen „Leitkultur". Teilweise geht solche Verteidigung des Eigenen einher mit expliziter Reserve gegenüber den / dem Fremden, die sich im (leider nicht mehr ganz seltenen) Extrem bis zu gewaltbereiter Xenophobie steigern kann (vgl. den Beitrag von Andreas Lob-Hüdepohl).

2. Integration – Umgehen mit Vielfalt und Verschiedenheit

Entsprechende Tendenzen provozieren die Frage, ob es denn eine solche homogene Identität und so etwas wie eine in sich geschlossene, exklusiv normative (Leit-)Kultur (in) der Aufnahmegesellschaft überhaupt gibt – und geben kann. Sie wäre dann die Folie, vor der der / die / das Andere allenfalls als Ausdruck des Fremden, des Exotischen oder gar des Barbarischen wahrgenommen würde. Solches Denken neigt zu einer Hierarchisierung, der zufolge das Eigene besser ist als das Fremde, das Vertraute gültiger als das Unvertraute. Das dabei vorausgesetzte „Wir" beansprucht für „uns" und das „Unsere" ein Recht, das es den Anderen / Fremden nicht zugesteht, so als ob das Fremde und das Eigene keinesfalls gleichberechtigte Varianten des Humanen darstellen könnten (vgl. die entsprechenden Überle-

gungen von Regina Ammicht Quinn). Aber wird eine solche Vorstellung von Kultur als einem statischen, geschlossenen Komplex von Normen, Vorstellungen, Traditionen und Konventionen der Komplexität und Vielfalt der gesellschaftlichen Wirklichkeit gerecht?

Die deutsche Gesellschaft ist längst ethnisch, religiös, weltanschaulich, politisch und kulturell stark pluralisiert und heterogen. Keineswegs ist vorauszusetzen, dass sich alle Deutschen, unabhängig von Herkunft und Generationszugehörigkeit, in gleicher Weise als „deutsch" in einem nationalen Sinne verstehen. So wäre etwa zu fragen: Wie verhalten sich nationale Identität, regionale Identitäten (z. B. als Rheinländerin, als Westfale, als Franke oder als Thüringerin) und ein Selbstverständnis als Europäer*in zueinander? Und: Schaut nicht ein sehr großer Teil der heute als eingesessen geltenden Bevölkerung auf persönliche oder familiengeschichtliche Migrationserfahrungen zurück? Und: Erzählen nicht Bürger*innen der ehemaligen DDR andere Geschichten vom Deutsch-Sein als Menschen, die in der „alten" Bundesrepublik aufgewachsen sind? Leben Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Vertriebene nach Deutschland gekommen sind, nicht mit anderen identitätsstiftenden Narrativen als z. B. die türkischstämmigen Deutschen, deren Eltern oder Großeltern in den 1960er Jahren als „Gastarbeiter" nach Deutschland kamen, oder als die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, die nach dem Fall der Mauer in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehrten? Und: Wie verhält es sich selbst in der stark säkularisierten deutschen Gegenwartsgesellschaft mit religiösen und konfessionellen Prägungen? Einflüsse des Protestantismus wie des Katholizismus scheinen mindestens subkutan auf bestimmte Weise alltagskulturell fortzuwirken, ganz zu schweigen davon, dass seit über fünfzig Jahren mehrere Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Deutsch-

land leben, teilweise in dritter Generation nach der Anwerbung der sogenannten „Gastarbeiter", dass die jüdische Gemeinde in Deutschland durch den Zuzug aus der Russischen Föderation nicht nur zahlenmäßig stark angewachsen, sondern auch erheblich heterogener geworden ist, und dass ein großer und wachsender Teil der Bevölkerung sich weltanschaulich als säkular versteht. Was also ist unter der Voraussetzung solcher Heterogenität nationale Identität – jenseits der gemeinsamen Verpflichtung auf die Verfassung des Landes, in dem alle diese Verschiedenen zusammenleben? Auch diese Frage ist nicht einfach zu beantworten; sie muss keineswegs zwingend zu Lasten von Zuwanderern beantwortet werden.

Identitäten sind weder als individuelle noch als kollektive einlinig, sondern hybride (der Begriff spielt in etlichen Beiträgen des Buches eine Rolle): In jedem Menschen kommen ganz unterschiedliche Faktoren identitätsstiftend zusammen, die nicht unbedingt harmonisch zueinander passen: Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, ethnische Zugehörigkeit, politische Überzeugung, menschliche Bindungen – in Partnerschaft, Familie, Freundschaften, die eine soziale Identität formen –, berufliche / professionelle Identität u. a. m. Um sie zu einem tragenden Selbstkonzept zu verweben, genügt nicht das Denken in der binären Logik des Entweder-Oder, sondern es braucht ein pluralitätsoffenes, gleichwohl abwägend differenzierendes und dynamisches Sowohl-Als auch. Spannungen müssen gehalten und ausgehalten werden. Entsprechendes gilt auch für komplexe moderne Gesellschaften, die in einem beständigen Wandel begriffen sind, der auch durch nationale Grenzen nicht aufgehalten werden kann.

Auch wenn Integration in der jüngsten Zeit vor allem durch den starken Zuzug von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrant*innen problematisiert wird, sind es keines-

wegs nur die geflüchteten und zuwandernden Menschen, die gesellschaftliche Integration zu einem herausfordernden Thema machen. Analoge Diskussionen entzünden sich, spätestens seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechte-Konvention im Jahr 2009 in Deutschland und der gesamten EU, am Thema „Inklusion" und an den Versuchen der politischen Umsetzung besonders im Feld der schulischen Bildungsangebote. Ein weiteres Feld strukturell vergleichbarer Auseinandersetzungen bieten derzeit in vielen Gesellschaften die rechtlichen und politischen Strategien zum Umgang mit heterogenen Geschlechtsidentitäten und Lebensentwürfen, mit Homosexualität, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften und Transgender-Identitäten. Insbesondere stark religiös geprägte Bevölkerungsgruppen fühlen sich durch liberale Geschlechterpolitiken nicht nur zur Verteidigung ihrer beziehungsethischen Wertoptionen auf den Plan gerufen; sie fürchten auch, eine Ordnung, welche die exklusive Geltung normativer Zweigeschlechtlichkeit und normativer Heterosexualität zugunsten gleicher Rechte sexueller Minderheiten relativiert, werde unweigerlich den Niedergang der Gesellschaftsmoral, der Ordnung des Zusammenlebens, der Institutionen Ehe und Familie nach sich ziehen.

Die Beispiele deuten an, dass Integration eine dauerhafte und kaum konfliktfrei zu bewältigende Aufgabe jeder Gesellschaft ist und eine beständige Herausforderung von Identitätskonzepten mit sich bringt: Sie besteht darin, sich zu vergewissern, was das Eigene ist, und sich darin nicht irritieren zu lassen, zugleich aber gelten zu lassen, dass Andere anders sind und sein dürfen – und gemeinsam das zu pflegen, was für den sozialen Frieden und ein gelingendes Zusammenleben der Verschiedenen notwendig ist. Unter Bedingungen gesteigerter Pluralität und angesichts der Erfahrung stark anwachsender Heterogenität – das ist eine

Facette der jüngsten Phase der Zuwanderung nach Europa und nach Deutschland – wird diese Aufgabe mit ihren spezifischen Zumutungen notwendigerweise zum Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlich denkenden und empfindenden Menschen, zwischen Interessengruppen und Parteien.

3. Integration – mit Augenmaß

Politik braucht angesichts solcher Herausforderungen ein gutes Augenmaß für die „Tragfähigkeit" der Gesellschaft, um die Aufnahme von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrant*innen nicht nur bürokratisch zu regeln, sondern zu einem neuen, komplexeren Miteinander zu entwickeln. Die Frage ist allerdings, wie sich „Tragfähigkeit" messen lässt. So ist die Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft bzw. deren (im Jahr 2015 vielfach beschworene) Grenze keine leicht zu quantifizierende Größe. Sie lässt sich weder ökonomisch noch sozialwissenschaftlich eindeutig feststellen, und sie ist nicht unabhängig von der Aufnahme*bereitschaft* der Gesellschaftsmitglieder und ihrer politischen Mandatsträger*innen zu denken.[2] Integrationspolitisches Augenmaß und Verantwortungsübernahme dürfen nicht allein an dem Maß nehmen, was kurzfristig wünschenswert, machbar und erträglich erscheint. Sie müssen vielmehr zugleich auch in einer *langfristigen* Perspektive für die eigene Gesellschaft und in einer über die nationalen Grenzen hinausreichenden, grundsätzlich *globalen* Perspektive nach dem richtigen, nach dem gerechten Maß forschen. Sowohl unter humanitären Gesichtspunkten als auch im langfristigen, wohlverstandenen Eigeninteresse einer in globale Abhängigkeitsverhältnisse eingelassenen Gesellschaft sind die Verantwortungsrelationen, in die diese konkrete Gesellschaft verwoben ist, in Betracht zu ziehen: Internatio-

nale politische Handlungszusammenhänge – u. a. die Wirtschafts-, Handels-, Klima- und Entwicklungspolitik – des eigenen Staates müssen ebenso wie Erfordernisse globaler Gerechtigkeit, Konfliktüberwindung und Friedensförderung in eine verantwortungsvolle Migrations- und Aufnahme- bzw. Einwanderungspolitik einbezogen werden. Dass so viele Menschen heute auf der Flucht vor Kriegen und Bürgerkriegen bzw. auf der Suche nach einem besseren Leben unterwegs sind, hat komplexe Ursachen, an denen deutsche und europäische Politik ihren Anteil haben – historisch (Stichwort: Kolonialismus) wie gegenwartsbezogen. Diese Aspekte liegen zwar der Integrationspolitik im eigentlichen Sinne voraus; sie bestimmen aber wesentlich mit, welche Integrationsaufgaben eine Gesellschaft sich zu eigen macht – bzw. im Horizont einer komplexen Konzeption der Verantwortung zu eigen machen sollte (vgl. den Beitrag von Arnd Küppers).[3]

4. Integration – Befähigung und Beteiligung

Integration in die Gesellschaft verlangt neben den oben angesprochenen, strukturellen Ermöglichungsbedingungen durch das Recht (Systemintegration) vor allem die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe (Sozialintegration). Zentrale Bereiche hierfür sind Arbeit und Bildung, durch die der / die Einzelne die Möglichkeit erwirbt, als aktives Mitglied der Gesellschaft für sich selbst und die eigene Familie sorgen zu können, den lokalen Lebenskontext mitzugestalten und in alledem Anerkennung und Zugehörigkeit zu erfahren. Integration erschließt sich als *Empowerment*-Aufgabe, als Befähigungsprojekt für jedes Mitglied der Gesellschaft. Dies gilt vor allem für jene, deren Befähigung zur Teilhabe nicht selbstverständlich ist, sei es, dass sie durch „mitgebrachte“ Faktoren (z. B. bestimmte Traditionen, Rol-

lenerwartungen, religiöse Normen) oder durch Bedingungen in der Aufnahmegesellschaft gehemmt oder gebremst werden.

Am Beispiel geflüchteter (muslimischer) Frauen und ihres Gewinns an Bewegungsfreiheit – mit oder ohne Tschador, Kopftuch oder Burkini – wird diese Dimension sozialer Integration im Alltagsleben und in der Arbeitswelt anschaulich nachvollziehbar (im Beitrag von Eva Maria Welskop-Deffaa). Sie lässt sich als Gewahr-Werden von und Auseinandersetzung mit hybriden Identitäten reformulieren. Es geht um einen Lernprozess: mit den Spannungen der eigenen Existenz in einer neuen Gesellschaft umgehen zu lernen und deren Potentiale zu entdecken, ohne das Eigene aufzugeben. Darin liegt eine immense biographische Aufgabe für die Einzelnen; zugleich geht es aber auch für die gesamte Gesellschaft darum, Integration als Arbeit am sozialen Frieden unter Heterogenitätsbedingungen verstehen zu lernen (vgl. auch die entsprechenden Überlegungen im Beitrag von Arnd Küppers).

Die Geflüchteten, die nach Deutschland gekommen sind bzw. kommen, sind überwiegend (sehr) junge Menschen: Darin liegt eine besondere Herausforderung und Verantwortung für die aufnehmende Gesellschaft und zugleich ein großes Potential: Die Flucht markiert in der Regel einen tiefen biographischen Bruch; Integration bedeutet zu verhindern, dass der Bildungsweg und der Prozess der Befähigung zu gesellschaftlicher Teilhabe für den / die Geflüchteten dauerhaft abbricht. Den jungen Geflüchteten möglichst zügig einen Zugang zu schulischer Bildung, zu einer Ausbildung oder einem Studium zu eröffnen – je nachdem, mit welchen Voraussetzungen sie hierher kommen, bedeutet, ihnen die Chance zu geben, ihre Potentiale zu entwickeln. Dies muss unabhängig davon erfolgen, ob junge Geflüchtete dauerhaft in Deutschland leben werden oder ob sie – nach dem Ende

des Kriegs oder der Notlage, die sie aus der Heimat vertrieben haben – nach Hause zurückkehren und dort tragende Kräfte des Wiederaufbaus bzw. der gesellschaftlichen Entwicklung sein können (vgl. hierzu den Beitrag von Ulrike Kostka). Besondere Aufmerksamkeit erfordern unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Sie sind einerseits besonders verletzlich, andererseits haben sie in jungem Alter bereits extreme Herausforderungen bestanden, die es verbieten, sie nur als Opfer zu betrachten. Der aufnehmende Staat hat ihnen gegenüber eine Fürsorgepflicht, die im Sinne der Begleitung in ein selbstständiges Leben in stabilisierenden sozialen Bezügen wahrgenommen werden muss (darauf weist Anna Maria Riedl in ihrem Beitrag hin). Das ist einerseits menschenrechtlich geboten, liegt andererseits aber auch im Interesse der Gesellschaft selbst (wie u. a. angesichts der Anwerbeaktivitäten des IS offensichtlich sein dürfte).

Im Mikrokosmos der Schule spiegeln sich Chancen und Schwierigkeiten der Integration: Befindlichkeiten der aufnehmenden Gesellschaft wie der Schulgemeinschaft, der vorhandenen oder nicht vorhandenen Vor-Erfahrungen im Umgang mit Fremden, Quellen von Engagement und Deutungsmuster für die ungewohnten Situationen treffen auf die Erfahrungen, die die Geflüchteten mitbringen – Traumata der Flucht, Fremdheitserfahrungen in der neuen Gesellschaft, ein starker Wille zum Neuanfang und zum Lernen. Die Schule wird in vielen Fällen zum „Zufluchtsort" für junge Geflüchtete, zu einer Art Integrationslabor für die aufnehmende Gesellschaft am konkreten Ort. Ob und wie sie es werden kann, hängt von den beteiligten Akteuren, von der jeweiligen Schule und ihrer Geschichte sowie von den Rahmenbedingungen ab, unter denen in der Schule gelernt und gearbeitet wird, wie eine für diesen Band eigens durchgeführte kleine Befragungsstudie eindrücklich zeigt (vgl. den Beitrag von Katrin Bederna).

Während für die sehr jungen Geflüchteten schulische Bildung ein, wenn nicht das zentrale Integrationsfeld darstellt, gilt es, für die Erwachsenen einen Weg zur Teilhabe an Erwerbsarbeit zu eröffnen. Je nach Vorbildung und beruflicher Qualifizierung der Zugewanderten ist der Zugang nicht leicht zu erschließen; teilweise sind aufwendige Nachschulungen notwendig, nicht selten bürokratische Hürden zu überwinden. Geflüchteten und Asylbewerbern, die voraussichtlich längere Zeit im Land bleiben werden, ist aus moralischen Gründen die Beteiligung an Erwerbsarbeit als Voraussetzung zu einem selbstständigen Leben zu ermöglichen. Was als Forderung der Gerechtigkeit formuliert werden kann, konvergiert aber zugleich mit dem Interesse, das die aufnehmende Gesellschaft u. a. aus demografischen und ökonomischen Gründen daran haben muss, erwachsenen Geflüchteten möglichst schnell die Aufnahme eines regulären Arbeitsverhältnisses zu ermöglichen – damit sie für sich selbst sorgen können, in das Sozialversicherungssystem integriert werden und einen eigenen Beitrag zur Gesellschaftsentwicklung leisten (vgl. die Überlegungen von Gerhard Kruip). Soll gesellschaftliche Integration durch Beteiligung an Erwerbsarbeit gelingen, ist zu berücksichtigen, dass Geflüchtete auf bestimmten Arbeitsmärkten mit Mitgliedern der Gesellschaft konkurrieren, die ihrerseits in prekären Verhältnissen leben und fürchten, durch die neu Hinzugekommenen schlechter gestellt zu werden. Die Aufgabe, Geflüchtete und Migrant*innen zu integrieren, hat empfindliche Lücken und Versäumnisse der Sozialpolitik der vergangenen Jahr(zehnt)e – etwa die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus – offenbart. Politisches Augenmaß muss hier ansetzen – und Integration als *Empowerment*-Projekt auf alle Gruppen der Gesellschaft beziehen, die zur Teilhabe befähigt werden müssen.

Die Rolle von Religion im Integrationsprozess wird unterschiedlich eingeschätzt. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht in seinem Jahresgutachten 2016 davon aus, „dass die Bedeutung von Religion für gesellschaftliche Teilhabe allgemein überschätzt wird“[4]. Kontrovers diskutiert wird der Einfluss von Religion vor allem mit Bezug auf den Islam angesichts der großen Zahl von Geflüchteten muslimischen Glaubens. Einerseits wird argumentiert, Religion sei nur ein Faktor unter vielen, die auf den Integrationsprozess einwirken – und andere Faktoren wie die Beteiligung an Bildung und Arbeit seien vorrangig (vgl. den Beitrag von Hansjörg Schmid). Die Relativierung der Bedeutung von Religion (wobei, auch wenn allgemein formuliert wird, meistens der Islam gemeint ist) kann zugleich als Reaktion auf eine zunehmend öffentlich vernehmbare Abwehrhaltung gegenüber dem Islam als „fremder“ Religion verstanden werden, die sich mit der oben angesprochenen Sorge um die eigene nationale, kulturelle, religiöse Identität verbindet (vgl. hierzu die Positionierung von Axel Bernd Kunze). Andererseits wird kritisch geltend gemacht, pauschalisierende Aussagen über den Einfluss *des* Islam – oder allgemeiner: *der* Religion – griffen notwendigerweise zu kurz: Sie verfehlten die innere Differenzierung des Islam, seiner Erscheinungsformen und deren tatsächlicher oder potentieller negativer bzw. positiver Einwirkungen auf die Integrationsperspektiven von Geflüchteten; sie unterschätzten zudem generell das Potential von Religion und Religiosität ebenso wie sie die grundsätzliche Ambivalenz von Religion außer Acht ließen. Je nach Ausprägung von Lehre und Praxis können Religionen beides sein: Integrationsressource und Integrationshindernis (vgl. den Beitrag von Daniel Bogner sowie die auf den schulischen Kon-

text bezogenen Überlegungen von Katrin Bederna), Quelle von Solidarität, Gastfreundschaft und Liebe zum Fremden, aber auch Nährboden für Fremdenfeindlichkeit (vgl. hierzu die Problemanzeigen von Andreas Lob-Hüdepohl).

Was Religion und Religiosität – als Dimension menschlicher Existenz, die trotz aller Ambivalenzen zu Recht durch ein eigenes Menschenrecht geschützt wird – für den gesellschaftlichen Integrationsprozess austragen kann, bedarf deshalb genaueren Hinsehens. Dass religiöse Gemeinden Geflüchteten im Aufnahmeland Beheimatung und ein Stück Vertrautheit bieten, ist nicht zu unterschätzen. Ebenso sind diakonische Aktivitäten religiöser Gemeinden (seien es christliche, jüdische, islamische oder Gemeinden anderer Bekenntnisse) und Organisationen zur Unterstützung derer, die neu ins Land kommen und in vielfacher Hinsicht Orientierung und praktische Hilfe benötigen, wertzuschätzen. Was islamische Verbände und Moscheegemeinden in Deutschland diesbezüglich leisten (wie Hansjörg Schmid darlegt), ist in ein Szenario konkreter Unterstützung der sozialen Integration gleicherweise einzubeziehen wie die Aktivitäten und Erfahrungen christlicher Gemeinden (vgl. den Beitrag von Hildegard Wustmans) und Hilfsorganisationen wie der Caritas (vgl. den Beitrag von Ulrike Kostka). Das religiöse Engagement reicht über die Ebene von Gemeindediakonie und Hilfsangeboten der Wohlfahrtsverbände hinaus und wird explizit politisch, wo Kirchenvertreter*innen anwaltschaftlich zugunsten von Schutzsuchenden, von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrant*innen im politischen Raum aktiv werden (vgl. die Skizze von Christian Henkel). Die Dimension religiös begründeten bzw. motivierten Handelns nüchtern zu betrachten, bedeutet jedoch auch wahrzunehmen, dass Verwerfungen und Bruchlinien angesichts der Herausforderungen der Aufnahme und Integration sehr vieler Geflüchteter mitten durch die Gemeinden hindurchgehen.

Was treibt religiöses – in einem christlich-theologischen Diskussionszusammenhang konkreter: christliches – Engagement für Geflüchtete und Migrant*innen an? Von Gastfreundschaft ist die Rede, aber auch von deren Grenzen. Gäste kommen – und gehen wieder. Viele der Geflüchteten werden nicht – oder nicht so bald – wieder gehen (können). Sie brauchen mehr als Gastfreundschaft: Sie brauchen Solidarität (vgl. die entsprechende Kritik von Axel Bernd Kunze) als Tugend, nach der Einzelne und Gruppen handeln, und als ein Prinzip der Gesellschaft, deren Zusammenhalt auf gegenseitiger Hilfe basiert. Die Bereitschaft dazu ist offenkundig nicht selbstverständlich vorhanden und nicht „naturgegeben". Es geht um einen moralischen Anspruch, der auf der Überzeugung beruht, dass die faktisch unterschiedlich Bedürftigen als Menschen einander grundlegend gleichgestellt sind und dass sie als solche einander zu Hilfe kommen und füreinander einstehen können – und sollen. Wie weit die entsprechende moralische Beanspruchung von Einzelnen wie von ganzen Gemeinwesen reicht, welche Bedeutung Grenzen unterschiedlicher Art dabei haben, ist umstritten. Um widerstreitende Überzeugungen diskutieren zu können, braucht es Argumente (nicht nur Bekenntnisse). Jedoch genügt es nicht, theoretisch gute Gründe anzubieten. Ebenso wichtig ist es, Erfahrungen zu ermöglichen, die der Einsicht eine Chance geben, dass die (biblisch verankerte) Ausweitung der Solidarität auf den Fremden mehr ist als eine fromme Fantasie.

Dieses Buch möchte beides: Argumente und Erfahrungen in die notwendige gesellschaftliche Debatte einspeisen. Es greift einerseits wissenschaftliche Ansätze zur Klärung dessen auf, was Integration meint und für eine Gesellschaft bedeutet, und reflektiert andererseits Erfahrungen mit der Aufnahme von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten sowie politische, zivilgesellschaftliche und kirchliche Be-